



**Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten  
und des Europäischen Parlaments, 10. Mai 2021 in Berlin**

Auszug aus den Schlussfolgerungen des deutschen Vorsitzes

**Verantwortung und Erinnerung**

Europa bleibt auch im digitalen Zeitalter den Grundwerten der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten verpflichtet. Dieses Bekenntnis bündelt die Erfahrungen vieler Generationen aus Krieg, Diktatur und Teilung, aber auch das Erbe des Kampfes der Menschen für Freiheit, Demokratie und Frieden.

Berlin ist heute ein Symbol für ein Europa, das seine Freiheit wiedergefunden und seine Teilung überwunden hat, so wie die Berliner Mauer viele Jahre Symbol für die Teilung Europas war. Unmittelbar an der ehemaligen Mauer gelegen, haben heute der Deutsche Bundestag auf der Westseite und der Bundesrat auf der Ostseite ihren Sitz in historischen Gebäuden. Ein Europa der Freiheit, des Friedens und des Rechts ist für die Mitglieder von Deutschem Bundestag und Bundesrat daher unmittelbar sichtbare Verpflichtung.

Zwischen den Gebäuden des Deutschen Bundestages und des Bundesrates erinnern das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas an den Völkermord, der weltweit mit dem Begriff des Holocaust und der Shoah bezeichnet wird. Auschwitz, der Ort des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers im besetzten Polen, gab dem Verbrechen einen Ort und einen Namen. Das Datum der Befreiung des Lagers Auschwitz, der 27. Januar 1945, ist heute weltweit der Tag der Erinnerung an die Opfer des Holocaust und der Shoah an ungezählten Orten in ganz Europa. Der deutsche Vorsitz verneigt sich vor den Opfern des nationalsozialistischen Völkermords in Anerkennung der historischen Schuld Deutschlands. Die Erinnerung daran wird immer eine herausragende Aufgabe Deutschlands bleiben.

Der deutsche Vorsitz begrüßt daher, auch im Namen aller Präsidentinnen und Präsidenten, den Vorschlag des Präsidenten des österreichischen Nationalrates, Wolfgang Sobotka, sich der Kampagne "#WeRemember" des World Jewish Congress und der UNESCO im Gedenken an die Millionen Opfer der Shoah anzuschließen und unterstützt deren Zielsetzung, sich jeglicher Art von Hass, Hetze und Antisemitismus auch im Netz öffentlich entgegenzustellen und entschieden für Demokratie und Pluralismus einzutreten. In diesem Zusammenhang sind die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament eingeladen, unbeschadet eigener Aktivitäten am Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2022 ein gemeinsames Zeichen zu setzen, indem sie an der "#WeRemember" Gedenkkampagne des World Jewish Congress und der UNESCO teilnehmen.